

FREIBERUFLER-TICKER vom 5. Juni 2020

1. BFB fordert Nachbesserung beim Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket

Der BFB begrüßt ausdrücklich, dass die Koalitionspartner mit ihrem umfangreichen [Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket](#), das am Abend des 3. Juni 2020 vorgelegt wurde, weitere Impulse formulieren, um die Wirtschaftskraft zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern. Damit setzen sie ein wichtiges Zeichen für den Aufbruch. Allerdings müssen gerade aus Sicht der Freien Berufe bei der Überbrückungshilfe längere Zeiträume sowie der Lebensunterhalt berücksichtigt und beim Kreditangebot nachgesteuert werden. Dies erläuterte BFB-Hauptgeschäftsführer Peter Klotzki in einer flankierenden [Pressemitteilung](#).

2. AG Mittelstand formuliert Positionen für ein Konjunkturprogramm

Im Vorfeld der entsprechenden Beratungen des Koalitionsausschusses am 2. Juni 2020 legten die zehn Verbände der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand (AG Mittelstand) ein Eckpunktepapier vor. Darin stellen sie voran, dass ein Konjunkturpaket bei den Nachfrageproblemen ansetzen muss, die zunehmend zum angebotsseitigen Schock der Corona-Krise hinzutreten. Der Mittelstand plädiert für einen nachhaltigen und branchenübergreifenden Ansatz eines Rettungsfonds für die nach wie vor von den einschränkenden Maßnahmen betroffenen Branchen und für Konjunkturimpulse, um Verzerrungen des Wirtschaftsgeschehens zu vermeiden. Der BFB war federführend für die flankierende Pressearbeit: Die Deutsche Presse-Agentur griff das Eckpunktepapier auf, die Meldung fand weiteres [mediales Echo](#).

3. DATEV-Corona-Barometer: Gefährdungslage bei Unternehmen sinkt

Der Anteil betroffener Unternehmen, die laut Steuerberater ohne staatliche Unterstützung in ihrer Existenz bedroht wären, ist in der aktuellen, inzwischen fünften Befragungswelle gegenüber der vorherigen Befragung Anfang Mai um zehn Prozentpunkte auf 22 Prozent gesunken. Auch unter Einbezug der staatlichen Unterstützungsleistungen ist der Trend leicht positiv, hier geht der Anteil existenzgefährdeter Unternehmen von sechs auf vier Prozent zurück. Während staatliche Hilfen im März und April noch kaum bei den Unternehmen angekommen waren, besserte sich die Lage im Mai leicht. Konnte in der vierten Welle rund ein Viertel der Unternehmen den Eingang staatlicher Hilfen verbuchen, ist in der fünften Welle der Anteil nun auf 31 Prozent gestiegen. Das [teilte](#) die DATEV am 3. Juni 2020 mit.

4. Jedem vierten Solo-Selbstständigen droht das Aus

Dies ist ein Ergebnis einer [Kurzexpertise](#) des ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung vom 29. Mai 2020. Die Forscher befragten über 16.000 Solo-Selbstständige: Jeder Vierte hält es für sehr wahrscheinlich, die eigene Selbstständigkeit in den nächsten zwölf Monaten aufgeben zu müssen. Bei knapp 60 Prozent ist der monatliche Umsatz um mehr als 75 Prozent eingebrochen. Jeder Zweite konnte seine Tätigkeit zum Zeitpunkt der Umfrage nicht mehr ausüben. Mehr als die Hälfte haben Soforthilfe von Bund oder Land beantragt, die auf drei Monate angelegt ist. Allerdings erwarten 35 Prozent der Befragten, dass die Phase der deutlich niedrigeren Umsätze länger als sechs Monate anhalten wird. Die Analyse liefert überdies Erkenntnisse darüber, inwieweit die Digitalisierung hilft, die Krise zu bewältigen. Hoch digitalisierte Solo-Selbstständige sind deutlich krisenresistenter und leiden seltener unter negativen Konsequenzen der Pandemie: So waren aufgrund der einschränkenden Maßnahmen zum Zeitpunkt der Befragung etwa drei Viertel der Solo-Selbstständigen mit einem sehr niedrigen Digitalisierungsgrad des Angebots nicht mehr in der Lage, die eigene Tätigkeit

auszuüben. Unter den sehr hoch digitalisierten Solo-Selbstständigen waren es dagegen nur 28 Prozent. Der hohe Anpassungsdruck führte allerdings zu deutlichen Fortschritten. Ein Digitalisierungsschub fand tendenziell stärker statt bei Solo-Selbstständigen, die weiblich oder vergleichsweise jung sind, die im Homeoffice arbeiten oder einen Hochschulabschluss haben.

5. Im Mai waren 7,3 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit

Das ergaben exklusive [Berechnungen](#) des ifo Instituts, die am 2. Juni 2020 vorgestellt wurden. In der Finanzkrise lag der Gipfel der Kurzarbeit im Mai 2009 bei knapp 1,5 Millionen Menschen. In der Corona-Krise hatten die Unternehmen ursprünglich 10,1 Millionen Arbeitnehmer zur Kurzarbeit angemeldet. Laut Daten des ifo Instituts wurden davon tatsächlich 71,6 Prozent in Kurzarbeit geschickt. In den wirtschaftsnahen Dienstleistungen arbeiteten 2,4 Millionen Menschen in Kurzarbeit, das waren 24,5 Prozent der Beschäftigten. In der Industrie waren es 2,2 Millionen Menschen oder 31 Prozent aller Beschäftigten, im Handel 1,3 Millionen Menschen oder 29,7 Prozent. Besonders gering war die Zahl auf dem Hoch- und Tiefbau mit 22.000 Arbeitern oder 4,1 Prozent der Beschäftigten. Für die übrigen Wirtschaftszweige, die durch die Umfrage nicht erfasst wurden, schätzt das ifo Institut die Kurzarbeit auf 1,3 Millionen Menschen oder 11,3 Prozent der Beschäftigten. Im Gegensatz zur Finanzkrise, als über 80 Prozent der Kurzarbeiter in der Industrie beschäftigt waren, wird Kurzarbeit in der Corona-Krise über fast alle Wirtschaftszweige hinweg eingesetzt.

6. Keine Vermögensabgabe vorgesehen

Die Einführung einer einmaligen Vermögensabgabe ist weder Gegenstand des Koalitionsvertrages noch einer anderen Vereinbarung zwischen den Koalitionsparteien. Dies teilte die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/19410](#)) auf eine Kleine Anfrage mit, über die der Deutsche Bundestag am 2. Juni 2020 berichtete.

7. Änderung der Verdienststatistik

Die Bundesregierung legte nach Informationen des Deutschen Bundestages vom 2. Juni 2020 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Verdienststatistikgesetzes ([19/19361](#)) vor. Daraus geht zum einen hervor, dass die Datenbasis für die Mindestlohnforschung gestärkt werden soll. Zum anderen wird auch für die Analyse des Verdienstabstands zwischen Frauen und Männern, dem sogenannten Gender Pay Gap, ein größerer Datenbedarf gesehen. So wird unter anderem eine jährliche Berechnung des bereinigten Gender Pay Gap gefordert, die bisher nur alle vier Jahre erfolgen kann. Vorgesehen ist, eine monatliche digitale Verdiensterhebung einzuführen und dabei die Deckung des zusätzlichen Datenbedarfs durch die Ausnutzung von Automatisierungs- und Digitalisierungspotenzialen so belastungsarm wie möglich für die Wirtschaft zu realisieren. Die Bundesregierung erklärte dazu, sie sei bestrebt, die Belastungen für kleine und mittlere Unternehmen so gering wie möglich zu halten: „Etwaige unvermeidbare Mehrbelastungen in einem Verfahren sollen möglichst an anderer Stelle wieder ausgeglichen werden.“

8. Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt nimmt Arbeit auf

Nach eineinhalbjähriger Vorbereitungsphase startete am 1. Juni 2020 das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsinstitut [Gesellschaftlicher Zusammenhalt](#) seine Arbeit. Die Einrichtung wird während der vierjährigen Hauptphase mit 40 Millionen Euro gefördert. Sie wird mit bundesweit elf Standorten unterschiedliche Perspektiven zusammenführen und wissenschaftliche Expertise bündeln. Die Themen reichen dabei von neuen sozialen Konflikten über das Auseinanderdriften von Stadt und Land bis hin zu Populismus und zunehmendem Antisemitismus.

9. Mehr Einbürgerungen

2019 erhielten rund 128.900 Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft. Wie das Statistische Bundesamt am 3. Juni 2020 [mitteilte](#), stieg die Zahl der Einbürgerungen um 16.600 oder 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr und erreichte damit den höchsten Stand seit 2003. Fast die Hälfte des Anstiegs ist dabei auf vermehrte Einbürgerungen von Briten zurückzuführen. Bereits seit 2016, dem Jahr des Brexit-Referendums, sind die Einbürgerungszahlen aus Großbritannien erhöht. Insgesamt ließen sich im Jahr 2019 Menschen aus 183 Staaten in Deutschland einbürgern. Die meisten Eingebürgerten waren Staatsangehörige der Türkei, gefolgt von Großbritannien, Polen, Rumänien und dem Irak.

10. Innovationsstandort Deutschland bei Zukunftstechnologien unter Druck

Die internationalen Kräfteverhältnisse im Bereich des geistigen Eigentums verschieben sich in wichtigen Zukunftstechnologien stark: Die Vereinigten Staaten nehmen noch in fast allen Bereichen die Spitzenposition ein. Europa kann auf einige bewährte Stärken bauen. Aber China und Südkorea holen dank einer viel höheren Dynamik massiv auf – oder sind bereits vorbeigezogen. Das erhöht den Druck auf Deutschland. Zu diesem Ergebnis kommt eine [Studie](#) der Bertelsmann Stiftung über die Entwicklung, Größe und Stärke nationaler Patentportfolios in Zukunftstechnologien, die am 3. Juni 2020 veröffentlicht wurde. Mit Blick auf Deutschland stellen die Autoren fest: „Deutschland ist zwar immer noch die stärkste europäische Patentmacht, sehr breit aufgestellt und schlägt sich gemessen an seiner Einwohnerzahl beachtlich. Sein Anspruch, eine führende Technologienation zu sein, gerät aber immer stärker unter Druck. Gehörte Deutschland 2010 in 47 der 58 Technologien noch zu den drei Nationen mit den meisten Weltklassepatenten, hat sich dieser Anteil 2019 auf 22 Technologien mehr als halbiert. Diese Entwicklung betrifft auch Deutschlands traditionell starke Bereiche Industrie und Mobilität. Positiv ist hingegen, gerade vor dem Hintergrund der Corona-Krise, seine hohe Innovationskraft im Gesundheitsbereich zu bewerten. In der zurzeit weltweit im Fokus stehenden Impfstoff-Technologie ist Deutschland das Land mit den zweitmeisten Weltklassepatenten.“